
Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?

Rezension von: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?, BEIGEWUM-Eigenverlag, c/o Wilfried Altzinger, WU Wien, Institut für VWL, 1090 Wien, Augasse 2-6, 1996, 73 Seiten, öS 100,-.

Die Währungsunion gilt zu Recht als ein Projekt von historischem Rang, zumal die wirtschaftliche Ausgestaltung dieses Vorhabens über die politische Zukunft des europäischen Einigungsprozesses entscheiden wird. Im Wissen um die Bedeutung der gemeinsamen Währung werden daher die Vorbereitungshandlungen mit dem Schwung der Unaufhaltsamkeit vorangetrieben. Unterstützt wird die hohe Dynamik der wirtschaftlichen Konvergenz überdies von den Finanzmärkten, die ihre langfristigen Erwartungen auf die neue Währung einzustellen beginnen.

Trotz des weithin akzeptierten Faktums der bevorstehenden Währungsumstellung wird die wirtschaftspolitische Diskussion über die gemeinsame Währung vorwiegend von den Rändern des Meinungsspektrums her bestimmt, wo einander extreme Kritiker und euphorische Befürworter aufgeregte Wortgefechte liefern. Die begeisterten Proponenten der europäischen Einheitswährung erblicken im feststehenden Fahrplan für den Euro die Herkunft eines Goldenen Zeitalters, das aus den erweiterten wirtschaftlichen Möglichkeiten des Binnenmarktes entsteht und im Rahmen eines gesamteuropäischen Hartwährungsgebietes bar jeglicher Handelshemmnisse bei ga-

rantiert niedrigen Transaktionskosten und sinkendem Zinsniveau seiner Vollendung entgegengeht. Die Gegner der Währungsunion beschwören umgekehrt die Gefahren des währungspolitischen Konvergenzprozesses, der die wirtschaftliche Basis des europäischen Wohlfahrtsstaates zerstören und zu dauerhafter Stagnation führen wird, an deren sozialen Folgen die friedenserhaltende politische Einigung Europas schließlich zu zerbrechen droht. In der Mitte zwischen diesen Gegensätzen hat sich die offizielle österreichische Position der resignativen Ergebnislosigkeit an einen Integrationsvorgang eingerichtet, dessen Unabwendbarkeit es bequemer erscheinen läßt, die wirtschaftlichen Anpassungszwänge zu legitimieren, als politische Gestaltungsmöglichkeiten zu evaluieren.

Kritische Stimmen, die mit den Mitteln sachlicher Argumentation Chancen und Risiken der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gegeneinander abwägen, um Spielräume für Kursänderungen auszuloten, sind eher selten. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet eine Broschüre mit dem Titel: "Was hat der Euro mit den Arbeitslosen zu tun?", die vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Beigewum) herausgegeben wurde.

Im Einleitungskapitel, das die politische Ökonomie der monetären Integration Europas beleuchtet, wird auf die als "normativer Bias" (S. 6) umschriebene Grundproblematik der Währungsunion hingewiesen, die sowohl das wirtschaftspolitische Rahmenkonzept der Einheitswährung kennzeichnet als auch die Ursachen für die vehemente Kritik beinhaltet, die das an sich sinnvolle und notwendige Projekt der Binnenmarktintegration durch eine gemeinsame Währung ausgelöst hat. Die Architektur des EU-Währungssystems, dessen Fundamente mit den Maastrichter Konvergenzkriterien gelegt wurden und

durch den umstrittenen Stabilitätspakt zusätzlich untermauert werden sollen, erweist sich bei näherer Betrachtung geradezu als Apotheose, als Schlußbild des wirtschaftspolitischen Richtungswechsels, der in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im anglo-amerikanischen Raum seinen Anfang nahm und seither die europäischen Volkswirtschaften im sicheren neokonservativen Griff hält, wobei sich die Dekonstruktion der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die einseitige Konzentration auf monetäre Stabilitätspolitik als politische Ikonographie des neuen Marktradikalismus offenbaren.

Die Debatte über die operative Basis der Währungsunion reicht daher bis in die ideologischen Tiefenschichten des wirtschaftstheoretischen Dogmenstreits und berührt somit auch die Fragen, welche Rolle Geld in einer entwickelten Marktwirtschaft spielt und welchen funktionellen Stellenwert die Geldpolitik überhaupt einnehmen kann. Die konservativen Konstrukteure des Euro-Währungskomplexes sind fest im neoklassischen Glauben an die Geldneutralität verankert, weshalb sie ihre Entwürfe auf den geldpolitischen Primat der Preisstabilität richten, während die realwirtschaftlichen Ziele des Wachstums und der Beschäftigung der durch monetäre Restriktion beschränkten Entwicklung des Binnenmarktes überlassen bleiben. Damit wird "die zunehmende Hegemonie der Interessen des Finanzkapitals gegenüber realwirtschaftlichen Interessen" (S.6) vorzüglich bedient, zugleich jedoch das soziale Vertrauen der europäischen Bürger in die Währungsunion unnötig strapaziert, sodaß paradoxerweise in der Vorbereitungsphase zu einem historischen Einigungsschritt, den die Währungsunion fraglos darstellt, die politischen Tendenzen der Desintegration signifikant zunehmen.

Gegen die interessenabhängige Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen

WWU-Grundlagen erarbeiten die Autoren der Broschüre eine generelle Korrekturrichtlinie, die auf eine schrittweise Erweiterung der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion abzielt, um die europäische Einigung auf breiter wirtschaftlicher und politischer Basis abzusichern. Die strittigen Diskussionsbereiche umfassen hauptsächlich die Konstitution der Europäischen Zentralbank (EZB) als unabhängige geldpolitische Instanz der Währungsunion, die Funktion der dezentralen Fiskalpolitik als realwirtschaftliches Steuerungsinstrument unter dem rigorosen Stabilitätsregime einer monetaristisch verfaßten EZB und schließlich die beschäftigungspolitische Verantwortung der zentralen Institutionen der Europäischen Union.

Dieses Aufarbeitungsmuster folgt der dreistufigen Verzerrung der wirtschaftlichen Integrationsziele der Währungsunion, wie sie von den Maastrichter Konvergenzkriterien und im Stabilitätspakt definiert werden: Eine großzügig bemessene nominelle Zinsobergrenze bei niedriger Inflationsschwelle eröffnet einen breiten Spielraum für reale Hochzinspolitik, die den Einkommensinteressen der Vermögensbesitzer entgegenkommt und angesichts der veränderten wirtschaftlichen Machtverteilung auch genützt werden wird; eine drakonische Begrenzung der BIP-gebundenen Neuverschuldungsrate in Verbindung mit einer deutlichen Rückbildung der staatlichen Gesamtverschuldungsquote verengt das Gestaltungsspektrum der Fiskalpolitik auf permanente Austerität und erleichtert dadurch eine preisstabilitätsorientierte Geldpolitik, die notwendigerweise in Konflikt gerät mit den realwirtschaftlichen Beschäftigungsinteressen der Arbeitnehmer-schaft; die existenzsichernden Fragen der Beschäftigungspolitik und die versorgungssichernden Fragen der Sozialpolitik, auf die sich das Interesse der

breiten europäischen Bürgerschaften richtet, sind in einen unverbindlichen Diskussionsprozeß (Essener Prozeß) verbannt und daher ohne relevanten Einfluß auf den Konvergenzverlauf der dezentralen Verantwortung der Einzelstaaten überlassen, deren Handlungsmöglichkeiten durch die fiskalpolitischen Restriktionsgebote zudem drastisch eingeschränkt sind.

Der wirtschaftliche Hintergrund für dieses einseitige WWU-Konzept ist das festgefügte Wechselspiel zwischen den globalen Finanzmärkten und der jeweiligen Geldpolitik der nationalen Zentralbanken, worin die nachhaltigste Wirkung der über zwei Jahrzehnte praktizierten monetaristischen Wirtschaftspolitik verkörpert ist. Während der Monetarismus an so ziemlich allen realwirtschaftlichen Zielkategorien gescheitert ist, hat er eine manifeste Vertrauensabhängigkeit zwischen Finanzmarktverhalten und Zentralbankpolitik etabliert, die jede geldpolitische Abweichung vom monetären Stabilitätskurs durch spekulative Volatilität auf den Finanzmärkten sanktioniert, wodurch die währungspolitische Interventionsfähigkeit der Zentralbanken im Regelfall rasch an wirtschaftliche Grenzen stößt. Die hohe Mobilität des Finanzkapitals und die weitreichende Regelungebundenheit internationaler Finanztransaktionen haben die Unabhängigkeit der Zentralbanken zur puren Illusion verkommen lassen, weil sie zwar politisch unabhängig agieren mögen, aber ihre monetäre Autonomie an die Vorherrschaft der Finanzmärkte verloren haben. Die Zentralbanken sitzen inzwischen in der Falle ihrer eigenen ordnungspolitischen Ideologie, die allein Preisstabilität als verantwortbares Ziel der Geldpolitik anerkennt, und müssen es sich gefallen lassen, daß die vertrauenslabilen Finanzmärkte, deren Akteure an vermögenssichernder Preisstabilität primär interessiert sind, durch ihre spekulative Sanktionsmacht den geld-

politischen Kurs entscheidend mitbestimmen.

Eine einheitliche europäische Währung in Verbindung mit einer geld- und währungspolitischen Zentralinstanz verschiebt aber per System das finanzwirtschaftliche Kräfteparallelogramm des europäischen Währungsraumes zugunsten der künftigen EZB, weil die spekulativen Sanktionsmöglichkeiten der Finanzmärkte durch Beseitigung der nationalen Währungsvielfalt eingeschränkt und das Interventionspotential der EZB im Wettbewerb der globalen Währungstriade durch Bündelung der finanziellen Ressourcen gestärkt wird. Daß gerade im entscheidenden Moment der zumindest partiellen Rückeroberung der europäischen Zentralbankautonomie aus dem Einflußbereich der Finanzmärkte die inflationshysterischen Stabilitätsfanatiker des Frankfurter Monetarismus auf den Plan treten, um ihre geldmengenabhängige Fixierung auf permanente Preisstabilität im EZB-Konzept ordnungspolitisch zu verankern, gehört zu den zahlreichen ideologischen Heteronomien der Währungsunion. Es ist daher nur konsequent, wenn die Autoren der Broschüre für geldpolitischen Pragmatismus plädieren, der die neugewonnenen Handlungsspielräume der EZB für realwirtschaftliche Entwicklungsziele nützt. Zu diesem Zweck wird neben der Wahrung der instrumentellen Unabhängigkeit der Zentralbank ihre "institutionelle Einbettung" gefordert, die in eine umfassende Rechenschaftspflicht über den "geldpolitischen Beitrag für die Realwirtschaft" (S. 26) münden soll, um über die demokratischen Institutionen der Gemeinschaft das öffentliche Interesse an der Politik der EZB zu aktivieren. Dadurch könnten die monetaristischen Konfliktstrategien gegen die realwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsziele allmählich durch kooperative Lösungen zwischen den wirtschaftspolitischen Aktionsträgern ersetzt werden,

wodurch nachweislich höhere gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtseffekte erreicht werden können.

Eng verknüpft mit dem künftigen Status der EZB ist auch die Frage des währungspolitischen Managements des EWS II, das die Wechselkursbeziehungen zwischen den Länder der kerneuropäischen Währungsunion ("Ins") und den sogenannten Nachzüglerstaaten ("Outs"), für die ein späterer Beitrittszeitpunkt vorgesehen ist, regeln soll. Obzwar es aus integrationspolitischen Gründen nicht sehr wahrscheinlich ist, daß binnenmarktrelevante EU-Mitglieder wie beispielsweise Italien im ersten Zug der Währungsunion fehlen, wird der wirtschaftliche Zusammenhalt, den das EWS II bietet, das Integrations- und Erweiterungstempo der EU maßgeblich beeinflussen. Die bisherigen Konsultationen deuten allerdings darauf hin, daß ein am Euro verankerter Währungsverbund geplant ist, dessen Steuerungssystem ganz im Blickpunkt der monetären Stabilitätsziele der EZB steht. Vor allem eine an geldpolitische Stabilitätsvorbehalte gebundene Interventionspraxis zur Sicherung der Währungsrelationen innerhalb der vorgesehenen Fluktuationsbänder birgt das Risiko einer völligen Asymmetrie der Anpassungslasten, die bei der vorhandenen spekulativen Sanktionsbereitschaft der Finanzmärkte für die "Outs" die wirtschaftlichen Gefahren der Deflation dramatisch erhöhen könnten.

Die Entstehung eines randeuropäischen Kordons, dem der Entwicklungsanschluß an den währungsunifizierten Binnenmarkt unnötig erschwert wird, wäre aber ein fatales Zeichen für den weiteren Gang der Einigung und Erweiterung Europas. Die detaillierte Analyse der Broschüre zur Nachzügler-Problematik verdichtet sich letztlich zur Frage, in welchem sozialen Zustand EU-Europa mit unterschiedlichen Konvergenzgeschwindigkeiten die Zielgrade der Währungsunion erreichen

wird. Inwieweit das europäische Wirtschafts- und Sozialsystem die nächste Stufe der Integration einigermaßen intakt durchläuft, wird wesentlich davon abhängen, ob die künftige EZB das Ghetto des stabilitätspolitischen Dogmatismus endgültig zumauert oder Ausfallstore zu einer pragmatischen Geld- und Währungspolitik offenhält, die das Ziel einer breit akzeptierten Binnenmarktentwicklung nicht aus dem Auge verliert.

Die Inflation ist nach einem Diktum Lester Thurows ein "erloschener Vulkan". Während die Monetaristen den Sieg über die Inflation als Erfolg der restriktiven Geldmengenkontrolle preisen, hat Europa das Ziel der Preisstabilität tatsächlich im Wege einer nachhaltigen Hochzinspolitik erreicht, deren negative Wachstumseffekte eine Spirale preisdämpfender Primärkostenreduktionen in Gang gesetzt hat. Das Ergebnis dieser Entwicklung sind zunehmend unausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilungsstrukturen, eine unter dem Zinskostendruck paralyisierte Fiskalpolitik und die höchste Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Die wachsenden sozialen Disparitäten haben zwar einen lebhaften Diskussionsprozeß ausgelöst, aber die Prioritäten der monetären Integration Europas nicht wirklich verändern können. In der Broschüre wird daraus folgender pointierte Schluß gezogen: "Im Vergleich zu den detailverliebten und auf maximale Verbindlichkeit bedachten Regelungen im monetären Bereich läuft die europäische Diskussion im Beschäftigungsbereich auf sandigem Boden dahin" (S. 65).

Tatsächlich verharren die drängenden Fragen der Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im kalten Schatten der währungspolitischen Konvergenzbestrebungen, die sogar eine zusätzliche Verschärfung der europäischen Beschäftigungsprobleme mit sich bringen. Erschwert werden zielfüh-

rende Aktionen gegen die eskalierende Arbeitsmarktkrise auch dadurch, daß die institutionellen Strukturen der EU nur über eine mangelhafte Problemlösungskapazität im Beschäftigungs- und Sozialbereich verfügen. Die unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen zwischen Geld- und Fiskalpolitik und die fehlende Fiskalautonomie der EU stellen ein enormes Hindernis für eine wirkungsvolle Koordination der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik auf gemeinschaftlicher Basis dar. Solange die Budgethoheit der Europäischen Union auf den derzeitigen Beitragsclub, der im wesentlichen zur Finanzierung der aufwendigen gemeinsamen Agrarpolitik eingerichtet ist, beschränkt bleibt, fehlen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik die notwendigen Mittel und Instrumente. Mit dem vorhandenen Maßnahmenangebot, vom Ausbau der transeuropäischen Netzwerke bis zur Implementierung von Beobachtungs- und Überprüfungsverfahren, wird man der hohen Arbeitslosigkeit in EU-Europa kaum Herr werden können. Erst eine zentrales EU-Steuersystem, das vorzugsweise die dezentralen Lücken in der Besteuerung der Vermögenszuwächse schließt, wird die fiskalischen Grundlagen für ein differenziertes Anreizsystem schaffen, das eine wirkungsvolle Trendumkehr in der Beschäftigungsentwicklung herbeiführen kann. Freilich bleibt auch der Erfolg einer durch zentrale Mittel und Instrumente gestärkten Beschäftigungspolitik von der Koopera-

tions- und Koordinationsbereitschaft der EZB- Geldpolitik abhängig. Und daher gilt auch in diesem Zusammenhang das von den Autoren der Broschüre stets wiederholte *ceterum censeo*: Das wirtschaftliche, soziale und politische Schicksal der Währungsunion wird vom Grad der Einbettung der Geld- und Währungspolitik der unabhängigen EZB in die realwirtschaftlichen Ziele der Binnenmarktintegration abhängen.

Die Konturen der wirtschaftspolitischen Verfassung der Währungsunion sind allzusehr ein Spiegelbild der Machtverhältnisse im westlichen Europa. Der strukturellen Hegemonie des Finanzsektors, der einen machtvollen Einfluß auf die realwirtschaftliche Wertschöpfungsverteilung ausübt, entspricht die Herrschaft des politischen Konservatismus in den nationalen und supranationalen Institutionen Europas. Und der allenthalben aufkeimende soziale Protest gegen die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit retardiert in einem vorurteilsgeladenen Rechtspopulismus. Realistischerweise wird daher die in der vorliegenden Broschüre redlich entwickelte Programmatik der WWU-Korrektur so lange frommer Wunsch bleiben, als nicht eine europaweit vernetzte Gegenplattform entsteht, die mit breiter politischer Unterstützung der Arbeitnehmerorganisationen und der betroffenen Bürgerschaften aus dem Zentrum des Integrationsgeschehens heraus Veränderungen durchzusetzen vermag.

Wolfgang Edelmüller